

# Presseinformation

Hamburg, 27.01.2010

## Statement

**Michaela Hofmann**

**Stellvertretende Sprecherin der Nationalen Armutskonferenz**

**Referentin für Allgemeine Sozialberatung, Armutsfragen, Frauenhäuser und Gewaltschutz beim Diözesan-Caritasverband Köln**

Als stellvertretende Sprecherin habe ich insbesondere die Aufgabe, die Belange der Betroffenen im Blick zu behalten. Mein Interesse ist es von daher, heute auf drei Aspekte hinzuweisen, die gerade im Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung von besonderer Bedeutung sind:

### **1. Partizipation**

Im Jahr 2007 waren 15 % aller Menschen in Deutschland arm. Darunter über drei Millionen Kinder. Das heißt, sie hatten weniger als 60 % des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung, sprich 764 Euro für alle Belange des Lebens zur Verfügung.

Wer weiß, was eine Wohnung, Lebensmittel, Energie, Kleidung, öffentlicher Nahverkehr kosten, weiß auch, dass mit diesem Betrag – und die Leistungen zum Lebensunterhalt nach dem SGB II liegen unter 764 Euro – keine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, wie es das Grundgesetz vorsieht, möglich ist.

Besonders hart trifft dies Kinder. Sie werden systematisch ausgegrenzt und verlieren die Chance auf Bildung und damit auf die Perspektive, ein Leben außerhalb von Armut führen zu können.

Die Umsetzung der Sicherstellung von gesellschaftlicher Teilhabe ist von daher längst überfällig.

*Teilhabe als Grundbedürfnis:*

Eine der Grundfähigkeiten, die zu einem menschenwürdigen Leben gehören, ist die Fähigkeit, dieses zu gestalten und sich auf familiäre und gesellschaftliche Interaktion einzulassen. Das alles setzt Teilhabe voraus. Es geht um Teilhabe in verschiedenen Bereichen des menschlichen Lebens.

Alle Bürger und Bürgerinnen haben ein Recht auf Teilhabe an politischen und wirtschaftlichen Prozessen. Sie haben auch ein Recht auf soziale und kulturelle Teilhabe. Menschsein findet in sozialen und politischen Kontexten statt, eine fehlende Teilhabe daran hat existenzielle Folgen. Teilhabe heißt gleiche Zugangsmöglichkeiten zu allen gesellschaftlichen Bereichen.

Teilhabe bedeutet dazuzugehören, einen Platz in der Gesellschaft zu haben und gebraucht zu werden. Sie heißt auch, Handlungsspielräume zu haben und die eigene Lebenssituation verändern zu können. Menschen, die in verfestigter Armut leben und ausgegrenzt sind, haben

diese Teilhabechancen nicht oder kaum. Sie fühlen sich oft abgehängt von den Prozessen und der Zukunft einer Gesellschaft.

## **2. Kindergrundsicherung**

Angesichts des von allen anerkannten Zusammenhangs zwischen Armut und Bildung, der Aussage in der Nationalen Umsetzungsstrategie Deutschlands „Jedes Kind ist wichtig – Entwicklungschancen verbessern“ sowie im Koalitionsvertrag, dass Kinderarmut bekämpft werden soll, ist die Aussage der Bundesregierung, die Überprüfung der Hartz IV-Regelsätze erst in Angriff zu nehmen, wenn das BVerfG-Urteil sowie die neue Einkommens- und Verbrauchsstichprobe vorliegt, nur als „Phrase“ oder Schlimmeres zu bezeichnen.

Die Nationale Armutskonferenz fordert deshalb die Bundesregierung auf, ihre eigenen Aussagen zur Bekämpfung der Kinderarmut ernst zu nehmen und mit der Ausarbeitung einer Grundsicherung, die diesen Namen verdient, zu beginnen.

## **3. Armutsbekämpfung**

Um Armut und sozialer Ausgrenzung zu begegnen, bedarf es einer kontinuierlichen Berichterstattung - auch über die Reichtumsentwicklung - sowie einer Sprache, die Menschen, die in Not geraten sind oder Schwierigkeiten haben, eine Arbeitsstelle zu finden, nicht abwertet und zum Abschaum der Gesellschaft macht.

Die Unterteilung in Faule und Fleißige und die Belegung von einkommensarmen und/oder bildungsfernen Menschen mit dem Etikett sozial schwach ist nicht nur zu unterlassen, sondern als diskriminierende Sprache zu werten und zu thematisieren.

Die Nationale Armutskonferenz fordert deshalb die Festschreibung einer kontinuierlichen Armuts- und Reichtumsberichterstattung und eine hieraus abgeleitete Armutsbekämpfungsstrategie. Auch hier werden die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege und die Mitgliedsorganisationen der Nationalen Armutskonferenz gerne als Berater zur Verfügung stehen.

Darüber hinaus sollte die Wirkung von Sprache und die Benutzung von Wörtern als eigenständiges Kapitel in die Berichterstattung aufgenommen werden, um hierdurch vermeidbare Ausgrenzungen und Etikettierungen zu vermeiden.